

**Ersteinstufige**  
 monatlich 60 Pf. frei im Haus,  
 durch die Post vierteljährlich  
 1.80 Mark oder halbjährlich  
 3.60 Mark.

„Die Neue Welt“  
 (Wochenzeitung),  
 monatlich 10 Pfennig.

**Schriftleitung:**  
 Herz 48/48, Herzproben 1008  
 Preisveränderung: monatlich von  
 10-12 Mark möglich.

# Volksstaat

**Anzeigengebühren**  
 beträgt für die 6 Spalten  
 Monatsgebühr 20, deren Name  
 20 Pf. für eineinzelige An-  
 zeigen 10 Pf., Anzeigen unter  
 dem Geschäft die Hälfte pro  
 Linie.

**Anzeigen**  
 für die 6 Spalten  
 müssen spätestens die vor-  
 mittags 9 Uhr in der Ge-  
 schäftsstunde eingeleitet sein.

**Hauptgeschäftsstelle:**  
 Herz 48/48, Herzproben 1047  
 Geschäft: nachlässige Unter-  
 suchungen von 7 Uhr früh bis  
 12 Uhr abends.

**Sozialdemokratisches Organ**

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,  
 Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebnerverda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

## Die Steuerpolitik der Fraktion.

Unsere Fraktion und die Militär- und Dedungsborlagen.  
 Von Gustav Hoch.

II. (Schluß).

Für unsere Stellung zu den Steuerfragen kommen zwei Umstände in Betracht: 1. der Zweck, für den die Steuern verwendet werden sollen, und 2. die Art der Steuern. Unsere Stellung zu jedem einzelnen dieser beiden Umstände verurteilt uns keine Schwierigkeiten. Selbstverständlich lehnen wir eine Ausgabe für volkshenfeindliche Zwecke ab; und ebenso selbstverständlich stimmen wir gegen jede Steuer, die unseren Grundgesetzen nicht entspricht.

Die Schwierigkeiten beginnen für uns erst dann, wenn für einen volkshenfeindlichen Zweck, z. B. für eine Militärvorlage, eine — wie wollen der Einfachheit halber sagen — sozialistische Steuer verlangt wird. Nehmen wir an: Eine Militärvorlage hat im Reichstage nur dann eine Mehrheit, wenn auch die Sozialdemokraten für sie stimmen. Daher verbinden die Regierungen durch ein Mantelgesetz die Militärvorlage mit der Dedungsborlage und schlagen in der letzten nur sozialistische Steuern vor. Dann wird die Sozialdemokratie zunächst in der Einzelberatung gegen die grundlegenden Bestimmungen der Militärvorlage ohne Rücksicht auf die sozialistischen Steuern stimmen. Wird aber trotzdem die Militärvorlage angenommen, dann wird die Sozialdemokratie in der Gesamtabstimmung gegen die ganze Vorlage stimmen müssen, also auch gegen die mit der Militärvorlage durch das Mantelgesetz zu einem Ganzen verbundenen sozialistischen Steuern, um die Militärvorlage zum Scheitern zu bringen oder — wenn dies schließlich doch nicht mehr erreicht wird — wenigstens alles, was sie vermag, zu diesem Zweck zu tun.

Viel größere Schwierigkeiten bieten die Fälle, in denen die Beziehungen zwischen dem Verwendungszweck und den Steuern nicht so einfach sind. Nehmen wir zu den letzten kämpfen im Reichstage zurück. Hier handelte es sich um zwei Gruppen von Vorlagen, um Militärvorlagen und Dedungsborlagen. Die Militärvorlage mußten wir selbstverständlich ablehnen. Wäre sie angenommen worden, und hätte sich der Reichstag erst dann an die Beratung der Dedungsborlagen gemacht, so wäre noch immer ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Militärvorlage und den Dedungsborlagen vorhanden gewesen. Jedoch hat dieser Zusammenhang nichts mehr damit zu tun, ob die Militärvorlage angenommen wird oder nicht. Wie wir uns auch zu der Dedung der Militärausgaben stellen, unter allen Umständen müssen die Ausgaben in der einen oder anderen Weise gedeckt werden, entweder durch die eine oder andere Steuer oder durch Anleihen. Hierzu allein haben wir mit unserer Stimme zur Dedungsborlage in diesem Zusammenhang der Dinge Stellung zu nehmen und werden uns daher für die Art der Dedung entscheiden, die am besten unseren Grundgesetzen entspricht.

Netzt das Gegenstück dazu: Die Militärvorlage ist zwar äußerlich von der Dedungsborlage getrennt, jedoch lassen die Mehrheitsparteien die Abstimmung über die Militärvorlage nicht zu, bevor eine Verständigung über die Dedungsborlage erzielt ist. Hier ist die Trennung der Militärvorlage rein äußerlich; tatsächlich bilden beide Vorlagen ein Ganzes. Wenn in einem solchen Falle die Sozialdemokraten sich an der Verhinderung ausdrücklich oder stillschweigend beteiligen, wirken sie damit zugleich auch für die Annahme der Militärvorlage. Das dürfen sie nicht. Daher müssen sie in einem solchen Falle selbst gegen eine Dedungsborlage stimmen, die an sich den sozialdemokratischen Grundgesetzen entspricht. Ich gehe demnach zu dem Schluß: Wir müssen auch gegen jede Dedungsborlage stimmen, die tatsächlich — ganz abgesehen von dem äußeren Zusammenhang — die Voraussetzung für die Annahme einer Militärvorlage ist.

Hiergegen kann eingewendet werden, daß zu unterscheiden ist, ob wir mit unseren Stimmen den Ausschlag geben oder nicht. Sind unsere Stimmen notwendig, um eine Mehrheit für die Dedungsborlage zusammenzubringen, dann hat es einen guten Sinn, wenn wir gegen eine an sich annehmbare Dedungsborlage stimmen — wir verbinden ja damit schließlich die Annahme der Militärvorlage.

Anderes dagegen, wenn die bürgerlichen Parteien allein bereits die Mehrheit für die Dedungsborlage stellen. Dann kann unsere Stimme gegen die Dedungsborlage doch nicht die Annahme der Militärvorlage verhindern; dann hat unsere Stellung gegen die Dedungsborlage keinen Sinn mehr; dann bringt sie nur uns mit unserem Programm in Widerspruch. Unser Programm verpflichtet uns aber nicht zur Annahme einer sozialistischen Steuer unter allen Umständen. Die Annahme der Dedungsborlage mit sozialistischen Steuern ist in diesen Fällen für die bürgerlichen Parteien nur die Voraussetzung für die Annahme der Militärvorlage. Und das dürfen wir nicht mitmachen. Wir müssen vielmehr durch die Ablehnung der Dedungsborlage in diesen Fällen Stellung dagegen nehmen, daß die bürgerlichen Parteien beschließen werden, damit dann auch die Militärvorlage angenommen werden kann.

Es kann nun aber auch der entgegengekehrte Einwand gemacht werden. Die bürgerlichen Parteien können entschlossen sein, die Militärvorlage unter allen Umständen anzunehmen. Dann handelt es sich für sie nur noch darum, ob sie sich zur Dedung der Militärausgaben mit uns über die bürgerlichen Parteien Grundgesetzen und mit uns über die bürgerlichen Parteien Grundgesetzen über indirekte Steuern auf notwendige Verbrauchsgegenstände verständigen.

Hier ist der wichtigere Fall gerade der, wenn unsere Stimmen entscheidend sind. Geben wir mit unseren Stimmen den Ausschlag gegen die bürgerlichen Parteien, dann zwingen wir die bürgerlichen Parteien geradezu, die Militärausgaben durch neue indirekte Steuern zu decken.

Dieser Einwand ist deshalb von großer Bedeutung, weil er über den bisher behandelten Fall hinausgeht und, falls er richtig wäre, uns zwingen müßte, sogar für die Militärvorlage zu stimmen, die mit einer Dedungsborlage nach unseren Grundgesetzen durch ein Mantelgesetz verbunden ist. Hier gilt derselbe Beweis wie im vorigen Falle: Lehnen wir diese Militärvorlage ab, dann zwingen wir die bürgerlichen Parteien und die Regierungen zur Annahme einer Militärvorlage, die mit indirekten Steuern durch ein Mantelgesetz verbunden ist. Auch hier hätten wir dann durch unsere Stimmen nicht für oder gegen die Militärvorlage, sondern nur für oder gegen die bürgerlichen Parteien oder indirekte Steuern entschieden.

Dieser Zusammenhang der beiden Fälle muß uns schon auf den ersten Blick ins Auge fallen. Wir sollen in einem solchen Falle sogar für eine Militärvorlage stimmen — hier kann nicht alles in Ordnung sein.

In der Tat ist hier die Hauptsache übersehen. Weshalb wollen die bürgerlichen Parteien und die Regierungen sich mit uns über die bürgerlichen Parteien verständigen? Wenn sie könnten, wie sie wollten, würden sie wie früher die Kassen durch indirekte Steuern möglichst auf das arbeitslose Volk abwälzen. Aber sie können es nicht mehr. Sie wollen sich die Annahme der Militärvorlage erleichtern dadurch, daß sie zu ihrer Entschuldigung wenigstens die Stimmen durch die bürgerlichen Parteien. Unsere Aufgabe kann es aber nicht sein, den bürgerlichen Parteien die Annahme der Militärvorlage zu erleichtern; wir müssen ihnen vielmehr ihr Vorhaben erschweren, so viel es uns irgend möglich ist. Deshalb müssen wir die Dedungsborlage in beiden Fällen ablehnen.

## Der Krieg in Mazedonien.

Es ist etwas stiller geworden auf dem Kriegsschauplatz: die „Sieges“-meldungen gehen spärlicher ein. Aber auch den wenigen und höchst unzuverlässigen Nachrichten kann man entnehmen, daß noch mehrere Tage vergehen werden, ehe es zu einer Entscheidungsschlacht kommt. Das bulgarische Heer operiert in Mazedonien, das nach den bisherigen Operationen in voranschreitender Weise. Nach den bisherigen Operationen wird, als man anfangs erwartete, man erwartet entscheidende Operationen in den nächsten Tagen. Solange wird die Bevölkerung Geduld haben und an den Erfolg der bulgarischen Waffen glauben. Das Interesse der Geheimhaltung der Operationen erfordert die Nichtveröffentlichung eines ausführlichen Berichts.

Da man nun sich alles mögliche dabei denken; hoffnungslos klingende Erklärung aber sicher nicht! Daß man auch in Sofia, trotz der Versicherung, daß der „Geist der Zuversicht“ im Volk und über nicht gelitten habe — lieber heute als morgen Frieden schließen würde, geht deutlich genug aus der Note hervor, die die bulgarische Regierung an die Großmächte gerichtet hat. In dieser Note verweist sie sich gegen den Vorwurf, den Anbruch des Krieges verurteilt zu haben, und schließt Frieden und Gütlichkeit mit der Verantwortung zu. Gleichzeitig erklärt Bulgarien sich bereit, auf Grund des Vertrages über eine friedliche Lösung des Konflikts zu verhandeln.

### Kampfpause.

Wien, 9. Juli. Die Neue Freie Presse meldet aus Belgrad: Der Umstand, daß das Kampffeld mit Tausenden von Toten und Verwundeten besetzt ist und in Trip die Cholera wüthet, hat das serbische Armeekommando veranlaßt, eine Operationspause einzusetzen zu lassen, um die Verwundeten aufzunehmen und die Toten zu beerdigen und hierdurch die Verbreitung der Cholera zu verhindern.

### Nitp von den Serben erobert.

Wien, 9. Juli. Aus Semlin wird telegraphisch: Seit gestern früh hat der Kampf um Nitp wieder begonnen. Der Kampf dauert noch fort und soll sich für die Serben günstig gestalten. Der linke bulgarische Flügel bei Nitp wurde gegen Peczoo getrieben. Nitp wurde von den Serben eingenommen, die große Artillerie machte.

Berlin, 9. Juli. Der National-Zeitung wird von der serbischen Gesandtschaft mitgeteilt, daß die amtliche Veröffentli-

gung der Einnahme von Nitp durch die Serben (siehe eingetroffen ist). Die Bulgaren sind ungefähr 35 Kilometer südlich in der Richtung auf Karowlow zurückgedrängt worden, ziehen sich auf Radowitsche und Beshkovo zurück, verfolgt von den nunmehr vereinigten serbischen und griechischen Truppen.

### Griechen und Serben vereinigt?

Wien, 9. Juli. Die Subjansche Korrespondenz meldet aus Belgrad: „Loffizios wird mitgeteilt, daß es der serbischen Delegation gelang, Fühlung mit den griechischen Truppen zu gewinnen; Einzelheiten werden aus tatsächlichen Gründen nicht veröffentlicht.“

### Bulgarische Siegesmeldungen.

Sofia, 10. Juli. (Agence Bulgare). Die bulgarischen Truppen haben gestern sämtliche Angriffe der serbischen Truppen auf der Front Sultan Repe-Patritza unter enormen Verlusten für die Serben zurückgeschlagen. Die Bulgaren machten sodann einen Gegenangriff und schlugen die Serben in die Flucht. Die bulgarischen Truppen verfolgten den Feind, der sich gegen Gerialpina zurückzog. Auch bei Nischana wurden die Serben mit beträchtlichen Verlusten zurückgeschlagen, ebenso auch die Angriffe des linken griechischen Flügels im Norden von Doiran. Im Osten am rechten Ufer des Struma operierten die griechischen Truppen (siehe).

### Die Vernichtung der serbischen Timobrischen.

Durch angreifende bulgarische Kolonnen westlich von Küstendil hat sich, wie aus Sofia berichtet wird, in allen Einzelheiten bestätigt. Bemerkenswert ist auch die Tatsache, und besonders fremde Beobachter drücken sich dahin aus, daß die Vernichtung der serbischen Kolonne auf bulgarischer Boden das Werk der jüngsten, erst im Dezember 1912 eingestellten Mannschaften war. (1)

### Die griechischen Erfolge.

Athen, 10. Juli. Der Kriegsminister gibt folgende Nachrichten bekannt: 1. Die griechischen Truppen haben gestern die Küste des Peloponnes-Gebirges lebhaft angegriffen. Die Bulgaren leisteten energischen Widerstand, wurden jedoch Schritt für Schritt zurückgedrängt. Wir hatten bereits einige Küste genommen, als der Anbruch der Nacht den Kampf unterbrach. 2. Unsere Truppen verfolgten den Feind auf seinem Rückzuge nach dem Feinde mit Artillerie besetzte Hügel besitz, angegriffen, Gefangene gemacht und fünf Kanonen und ein Maschinengewehr erobert. 3. Griechische Truppen, die von Doiran her auf Strumitsa vorrückten, näherten sich den Schützengraben des Feindes in der Nacht bis auf 200 Meter. Ein heftiger Angriff bei Tagesanbruch zwang die Feinde, ihre Stellungen unter großen Verlusten zu räumen, wobei sie in halbfester Flucht Gewehr, Munition und Ausrüstungsgegenstände fortwarfen. Die griechischen Truppen festeten ihren Vormarsch fort und erzielten Sofornia, eine starke, hochgelegene Stellung von großer strategischer Wichtigkeit.

### Rumänien und Bulgarien.

Bukarest, 9. Juli. In dem Verhältnis zwischen Rumänien und Bulgarien ist keinerlei Veränderung eingetreten und auch keine Intervention erfolgt. Regierungskreise erklären, daß, was sich abspiele, sei keine Parade-mobilisation. Man nimmt hier an, daß Bulgarien der Befehl der Linie Walsch-Dubucaia durch Rumänien innerlich Widerstand entgegenzusetzen werde. Die Abtretung dieser Linie sei aber noch nicht der Friede.

### Der Würger Cholera.

Belgrad, 9. Juli. Amtlich wird bekannt gegeben, daß in zwei Belgrader Spitälern Verdunkte an Cholera erkrankt sind und in bereitgestellten Choleraabzügen isoliert wurden. Es wurden die strengsten Maßnahmen zur Isolierung aller mit den Erkrankten in Berührung gekommenen Personen getroffen.

Athen, 9. Juli. Die Verschleppung der Cholera nach Athen durch bulgarische Gefangene ruft große Besorgnis hervor, um so mehr, als im Piräus auf dem Transportdampfer Gappho unter bulgarischen Soldaten bereits 17 Cholerafälle festgestellt wurden, von denen vier tödlich verliefen. Der Dampfer wurde sofort nach Trikeri (Thessalien) geschickt, wo die erkrankten Soldaten isoliert wurden.

## Politische Uebersicht.

Halle (Saale), den 10. Juli 1913.

### Fort mit der militärischen Schredensjustiz!

Das suchtbare Ruchtaurteil des 3. kriegsgerichtlichen Beschlusses ist in der Reichstag Sitzung vor den Herren nahezu einstimmig einem Kompromißantrage aller großen Parteien zustimmte, in dem verlangt wird, daß bei Verbrechen des militärischen Auftrags, bei Wehrereid usw. in minder schweren Fällen die Mindeststrafe, die jetzt fünf Jahre Zuchthaus beträgt, bis auf sechs Monate bezw. ein Jahr Gefängnis ermäßigt werden kann. Jetzt kommen selbst liberale Blätter zu der Ansicht, daß der Antrag wohl einen Schlag ins Wasser bedeuten wird. Das richtige wäre gewesen, der Reichstag hätte die Aufhebung der Bestimmungen verlangt, nach

1218

1219

welchen die zur Kontrollverammlung einberufenen Personen am Tage der Kontrollverammlung überhaupt nicht unter den Militärgesetzen stehen. Die Voss. Zig. bemerkt in einem Artikel über diese Artikel: „Die herrschende Lehre, wonach Kerkerstrafen und Landesverweisung als „zum Dienst einberufenen“ aktive Soldaten zu behandeln seien, auch wenn die Kontrollverammlung vorüber ist, ist von herbortragenden Militärjuristen nachdrücklich angefochten worden. Sie alle behaupten, die zur Kontrollverammlung einberufenen Personen seien nicht „zum Dienst“ einberufen, sondern also auch nicht, wenn der Zweck der Verammlung erfüllt ist, bis zum Ablauf des Tages als aktive Militärpersonen behandelt werden.“ Das Postgebot, das der Reichstag am letzten Tage seiner Session beschlossen hat, ist an sich gut und nützlich; aber es ist nicht ausreichend. Und es würde sich, limitiert nicht die Verringerung des § 36 des Reichsmilitärstrafgesetzes hin, wenigstens insofern es drakonische Urteile, wie die Erfurter, betreffen soll, nur zu leicht als ein Versuch mit unangenehmen Mitteln erweisen.“ Es ist bedauerlich, daß die Erkenntnis hierüber erst so spät kommt.

**Gegen Kröcher und Derygen!**

In Salzwedel, Gardelegen, dem Wahlkreise Dordun von Kröcher's, des ehemaligen Junkers und ehemaligen Reichshauspräsidenten, findet am heutigen Donnerstage die Stichwahl statt, und morgen, Freitag, wird es sich entscheiden, ob der Wahlkreissitz in Salzwedel künftig durch den konfessionellen B. Derygen oder durch den Sozialdemokraten Kröcher vertreten sein wird. An beiden Wahlkreissitzungen ist um die Sache der Ehre nicht zum Weiden, und den konfessionellen Verhältnissen dürfte es gar sehr zumute sein. Obgleich sich die konfessionelle „Gegensatzkraft“, Verantwortliche Schulung, mit aller Macht für den bisherigen Jordan von Kröcher ins Zeug legt, ist es doch sehr fraglich, ob dieser „starke Mann“, für den die Sozialdemokratie nur „Objekt der Gegenliebe“ ist, seinen Reichstagsplatz wieder einnehmen wird. Von dem Wunsch dieser brutalen Herrenmenschen, wenn irgendmöglich, aus dem Reichstage ferngehalten zu werden, die sozialdemokratischen Wähler des Kreises für den national-liberalen Bauernbündler Dr. Böhm zu stimmen. In dem vom sozialdemokratischen Kreiswahlausschusse erlassenen Aufruf heißt es:

„Dr. Böhm hat in der öffentlichen Verammlung am 1. Juli in den sieben Linien in Salzwedel seinen Standpunkt zu unsern Stichwahlforderungen dargelegt. Dabei haben wir die Heberzeugung gewonnen, daß, wie die Dinge im Wahlkreise liegen, die Sozialdemokratie in der Stichwahl für Dr. Böhm nicht gegen Dr. W. entscheiden, sondern sich richten wir an euch, die ihr für den Gewählten Parteiemann eure Stimme abgeben habt. Das Erwidern am Stichwahlmännchen für Mann anzutreten, um den Junkern der Altmärk eine Niederlage zu bereiten, indem ihr eure Stimme rechts Dr. Böhm gebt.“

Wenn diese Forderung von den sozialdemokratischen Wählern befolgt werden ist, dann dürfte Kröcher sein Mandat bereits verloren haben!

Wiel unglücklicher ist aber noch das Reichsparteitellern von Derygen im Wahlkreise Juch-Welzig-Jüterbog-Budenwalde. Hier hängt alles von der Haltung der Fortschrittler ab. Einhalten sie sich nur der Stimme, dann ist die Wahl des Gewählten Erad, der D. Derygen um mehr als 2000 Stimmen voraus ist, unbedingt gesichert. Die Zeitung der Fortschrittspartei hat folgende offizielle Wahlparole in der Freireinnigen Zeitung veröffentlicht:

„Im Reichstagswahlkreise Juch-Welzig-Budenwalde werden am kommenden Freitag die Wähler in der Stichwahl darüber zu entscheiden, ob der künftige Vertreter des Wahlkreises der Rechte oder der Linken im Reichstage angetreten soll. Bei den allgemeinen Wahlen im vorigen Jahr galt die Stichwahlparole: Keine Stimme einem Kandidaten der Rechtenspartei! Seit dem vorigen Jahr ist seine in Gewicht fallende Veränderung der Parteigruppierung eingetreten. Eine weitere Stärkung der Linken ist dringend geboten, insbesondere im Hinblick auf die kommenden Kämpfe auf wirtschaftlichem Gebiet. Im Einverständnis mit den führenden Vertrauensmännern des Wahlkreises empfehlen wir daher den Wählern...

**Kleines Feuilleton.**

**Die erste französische Gartenarbeit.**

Die Pariser Wohnungsverhältnisse sind vielleicht noch trauriger als die irgend einer anderen Großstadt; die Wohnpreise und infolgedessen die Mieten sind dort höher als in Berlin; eine durch gute Verbindung erleichterte Ausdehnung in die Vororte, wo noch gute Luft und exotische Wohnverhältnisse zu finden sind, ist in der französischen Metropole bis jetzt noch nicht mit einiger Berücksichtigung worden als in der deutschen. Um so begrüßenswerter ist der erste Versuch der Gründung einer Gartenarbeit in der Nähe von Paris, der freilich nur einer ganz beschränkten Zahl von Familien Hilfe bringen kann und deshalb vorwiegend propagandistischen Wert hat.

Der Versuch wird unternommen von einer im Jahre 1909 gegründeten, hauptsächlich aus Arbeitern und Angehörigen bestehender Gesellschaft. Unter Ausnutzung einer Anzahl dem gemeinnützigen Wohnwesen außerordentlich günstigen Gekaufte gelang es im Jahre 1911 in Drocourt, dem Erden tragefrüchten Erbes von Paul Faure und der Tochter Karl Marx, ein wunderbares Grundstück für den Preis von 350.000 Franc zu erwerben. Das Grundstück ist 20 Hektometer von Paris entfernt und mit der Bahn in 20 Minuten zu erreichen. Es besteht aus einem großen Park, in dessen Mitte sich ein altes, aber sehr schön restauriertes Schloss befindet, in dem alle gesellschaftlichen Einrichtungen der künftigen Gartenstadt, wie Verkaufsläden, Bäckerei, Metzgerei, Lehr- und Schulhaus, Spielplatz usw., untergebracht werden sollen. Ein bereits vorhandener Vermögensgüter wird durch eine Arbeitsgenossenschaft bewirtschaftet, die ihre Erzeugnisse für einen auf die Mitglieder liefern wird. Der Gesamtgesellschaft kommt dadurch noch um 35.000 Franc ermäßigt werden, daß eine im Speisefeld des Schlosses befindliche altertümliche Götterstatue verkauft wurde. Das Grundstück bietet Raum für 200 bis 400 Familienhäuser mit Gärten. Es sind jedoch bereits schon weitere an den Park grenzende Grundstücke zum Ankauf in Aussicht genommen, so daß noch mehr Familien berücksichtigt werden können.

Die Aktien à 100 Franc sind von zweierlei Art, solchen, die den Wert der einzelnen Genossenschaft repräsentieren und solchen, die den Anteil an dem Gemeindefonds entsprechen. Jedes Mitglied muß mindestens 10 Aktien erster und 5 zweiter Kategorie besitzen, von denen die ersten vollständig, die letzteren auf 40 Prozent einzuzahlen hat. Das Mittelstück hat Wert auf ein Grundstück von 500 bis 1000 (1500, wenn Bäume darauf stehen) Quadratmeter, wobei sich der Quadratmeter auf 240 Franc stellt. Die Verteilung der Parzellen erfolgt hauptsächlich nach der Reihenfolge des Beitritts. Von dem Kaufpreis muß ein Viertel gleich und der Rest in Monatsraten...

hängern der fortschrittlichen Volkspartei, bei der Stichwahl am Freitag dem freisonfessionellen Kandidaten der Rechtenspartei und des Bundes der Landwirte jegliche Unterstützung zu versagen.“

Wiel ist das ja nun gerade nicht, aber allzuviel darf man von den Fortschrittlichen nun auch nicht verlangen. Daß sie ihre Anhänger etwa öffentlich klar und unambiguiert auffordern sollten, den Sozialdemokraten zu wählen, dazu reichen ihr Liberalismus und ihre Courage eben nicht aus! Besonders nicht der „Freiheit“, der in der Freireinnigen Zeitung vertreten wird. Erst das Berliner Tagblatt und die Berliner Volkszeitung mußten der offiziellen fortschrittlichen Wahlparole eine deutlichere Erklärung geben. Das V. Z. schreibt: „Da die Wahlparole der Fortschrittler außerdem ausdrücklich eine „weitere Stärkung der Linken für dringend geboten“ erachtet, so kann für die fortschrittlichen Wähler von Juch-Welzig-Jüterbog-Budenwalde nur die eine Entscheidung in Frage kommen, diese dringend gebotene Verstärkung der Linken mit dem Stimmzettel für den Sozialisten Erad herbeizuführen.“

Und die V. Z. sagt: „... Es genügt nicht, daß sich die Freireinnigen in Juch-Welzig der Stimme enthalten; sie müssen vielmehr Mann für Mann für Erad zu Wahlzürnen gehen, damit jede Gefahr einer Umwidmung konfessioneller Reihen mit Hilfe der üblichen konfessionellen Wahlmittel von freireinniger Seite im Keime erstickt wird.“

„... Was im Reichstage immer noch das Wichtigste ist, die Schwächung der Rechten, das kann nur erreicht werden, wenn auch die Entscheidungswahl in Juch-Welzig dazu benutzt wird, der Rechten ein Mandat zu entziehen und es der Zeitung zu verschaffen. Dieser politischen Notwendigkeit beuge sich am Freitag jeder Freireinnige im Wahlkreise Juch-Welzig! Diese Notwendigkeit erkenne jeder Freireinnige des Wahlkreises an, indem er in die Linne einen Stimmzettel für Erad versenkt!“

Wer unsere Fortschrittler kennt und wer da weiß, daß ihn in 1912 der Konfessionelle B. Derygen in Juch-Welzig sein Reichstagsmandat zu verhandeln hat, der wird sich so süßen Erwartungen wie die V. Z. nicht hingelassen!

Die Nationalliberalen haben selbstverständlich die Parole ausgegeben: für Derygen. Die paar Mäntelchen werden natürlich das Kraut nicht fest machen. Der die Derygen von der agrarischen Deutschen Tageszeitung läßt denn auch schon alle Hoffnung auf Rettung der beiden konfessionellen Reichstagsmänner schwinden. Er redet von „Wahlhader“ und lobt und wehrt nach allen Seiten, daß es eine Art hat. Was soll das erst werden, wenn die beiden Junker in Salzwedel-Gardelegen und in Juch-Welzig die Treffen verlieren?!

**Zentrum, Regierung und Militärvorlage.**

Die Kölner Korrespondenz kündigt in ihrer neuesten Nummer (25) an, daß das katholische Volk dem Zentrum bei künftigen Wahlen noch weit mehr als bisher seine Grundsympathie und sein Kennen nach der Kunst der Regierung heimgelassen werde. Zunächst erinnert die Kölner Korrespondenz daran, wie sie, als die ersten Anzeichen der Wehrvorlage in der Presse erschienen, im voraus die Komodie geahndet hat, die das Zentrum dieser Vorlage gegenüber aufzuführen werde, und die es nunmehr zu Ende gespielt habe: „Auch Entbindung, dann Ablehnung der Vorlage, weil sie überflüssig sei, dann bedingte Annahme, schließlich glatte Versagung.“ In der Septembarnummer so schreibt die Kölner Korrespondenz weiter, als Windhorst noch lebte, mußte der Kampf die Zustimmung zu demselben, gegen ihren Willen durch Stimmhaltung der Regierungssparten zu sichern.“ Seitdem aber habe das Zentrum unter anderer und zu Grunde der Bedürfnisse der deutschen Mehrheit zu Grunde ein maßgebendes Verhältnis eingenommen.“ Schon die große Militärvorlage unter Caprivi wurde ohne den Widerstand der führenden Zentrumsmitglieder gleich im ersten Anlauf bewilligt worden sein; da aber die Heidenweiden mit hauptsächlich der Arbeit unter einem offeneren Strich in höhere Aussicht stellten, hätten die Obergelehrten der „braven Wählerchaft“ klar gemacht, daß die Begründung der Vorlage mit der Gefahr eines Krieges nach zwei Fronten eitel Wagnerei“ sei.

Wenn auch die süddeutschen Eigenbrötler noch nicht alle gewonnen seien, so könnten sich die Köln-„Gläubiger“ auf die mittlerweile total verfallenen Interferenz verlassen, und „darauf wird bewilligt, und die Regierung kann sich von der Befähigung des Zentrums zum Regieren immer mehr überzeugen.“ Regieren heißt labieren, und wer labieren wolle, dürfe in seiner Bewegungsfreiheit durch Prinzipien nicht behindert werden.

Prinzipien aber seine das Kölner Zentrum nicht, seine religiösen und seine wirtschaftlichen. „Wenn es ist die Partei aller wirtschaftlichen Interessen, die alle einmündig nach dem Regener des Interessenausgleichs vertreten werden sollen, also eine Klimaxenpartei, wie die Regierung sie gerade braucht.“ Wenn diese Prinzipienlosigkeit der Gegenwärtig maßgebenden Zentrumsfreie dem katholischen Volk zum Bewußtsein komme, dann sei das Ende des Zentrums nahe. Ein großer Teil der deutschen Katholiken stimme nicht etwa für das Zentrum, weil es dort zwei Jahren eine halbe Milliarde neuer Steuern und jetzt die Wehrvorlage mit einer ganzen Milliarde bewilligte, auch nicht wegen der Phrase vom Interessenausgleich und nicht wegen der anderen Phrase von der gemeinsamen christlichen Weltanschauung, sondern das Volk halte das Zentrum immer noch für die Partei der katholischen Weltanschauung, die es aber nach der Erklärung des Dr. Forst und der anderen Nachemiten nicht hat. Wenn nach der Ansicht dieses Zentrums das Zentrum nicht mehr katholische Erde mehr, die katholische Welt aber mehr danach und werde die Zentrumsanbänder und die ganze Partei danach messen. In Köln, Düsseldorf und anderen Plätzen hätten bei den letzten Reichstagswahlen ganze Gruppen katholischer Handwerker und Gewerbetreibender, die bisher entschiedene Zentrumsanhänger waren, nicht mehr fürs Zentrum gestimmt, weil sie sich sagten: Das Zentrum will mit unserer religiösen Überzeugung nichts zu tun haben, und unsere wirtschaftlichen Interessen werden ebensogut oder noch besser durch andere Parteien vertreten.“ Der Artikel der Kölner Korrespondenz schließt:

„Wenn wir das beste Schauspiel bei den künftigen Wahlen erleben, dann wird daran ein gewisses Streben zum Ausdruck kommen, welches bei vollkommener Grundsympathie für nichts anderes sucht, als die Gunst der Regierung, bei jeder Wehr- oder Steuerreform, sobald es zu ergaubt.“

Die Renaissancisten, die hier dem in der Tat völlig grundlos und gewisslosen Zentrum überdies, trifft fast in allen Einzelheiten so sehr ins Schwärze, daß man dem Artikelredierer einen der intimsten Kenner der zentrumsfähigen Genußpartei, einen Mann vermuten muß, der lange Jahre mit dabei gewesen ist, wenn die Zentrumsführer das gesäuerte Volk immer wieder an die Junkerregierung verkauft haben.

**Der Kampf gegen den Arbeiterturnbund.**

Wird nicht schon in Württemberg nach der preussischer Art geführt. Die Schulbehörde geht so weit, den Schülern sogar den Beitritt zu den Jugendvereinen des Arbeiterturnbundes zu verbieten. Am Dienstag kam es hierüber zu einer scharfen Debatte im Landtage, wo mehrere Genossen eine Interpellation über den Gegenstand einbrachte hatten. Bei der Begründung der Interpellation wies Genosse Schenker nach, daß das Verbot der Schulbehörden jeder rechtlichen Grundlage entbehre. Der Autorsinhaber behauptete demgegenüber, bei den höheren Schülern ergebe sich das Recht der Verbotung zu ihrem Verbot aus der Unterwerfung der Schüler unter die Schulordnung, bei den Volksschülern aus dem Volksschulgesetz, das die Pflicht der sittlichen Erziehung vorschreibt. Der Arbeiterturnbund treibe sozialdemokratische Politik; Wolff solle aber überhaupt aus der Schule ferngehalten werden, darum sei das Einschließen der Schulbehörde berechtigt. Der Staat habe gegen die politische Verbotung der Jugend mit allen Kräften den Kampf zu führen. Nach dieser Rede wurde Genosse Hermann dem Minister antwortend, daß gerade bei der Begründung der politischen Kampf in die Schule getragen werde. Nach rechtzeitigen Gerichtsentscheidungen gelte selbst in Preußen der Arbeiterturnbund nicht als politische Organisation. Politische Verbotung sei der deutschen Turnerschaft...

Maria Hilde... aber das Glück ist nicht mit ihnen... Der Regier in den Vereinigten Staaten.

Hat ein halbes Jahrhundert ist über die Regierbefreiung hingegangen, und über einige Resultate der Sklavenemancipation kann man jetzt schon ein Urteil fällen oder zum mindesten die Richtung in die Zukunft prognostizieren. Einer dieser Punkte in die Zukunft, das ist die neue Politik der Regier in den Nordstaaten, besonders in New York, die nur ironisch so genannt werden kann. Es ist wahr, er ist an seinen Wurzeln gebunden, er wird mit Wasser angeordnet, er hat das Bürgerrecht... und trotzdem wird es ihm in den Nordstaaten, Worte und Taten, in den Nordstaaten, werden täglich weniger... man will keine „Kaiser“. Die einzige Arbeit, die er vollstättig genießt, ist die den Staub der Nordstaaten von den Hüfen säuteln zu dürfen. Soeben kommt die Nachricht, daß „man“ die von Regier gefahrenen Automobilen nicht mehr in den öffentlichen Garagen bilden wird. Das ist nur ein Beispiel dafür, wie man der Regier aus einer Verhaftung nach der anderen vertrieben, und dabei mehr als die latente Bevölkerung Neworks fortwährend. In den Nordstaaten hat er unter Umständen sehr erhebliche Möglichkeiten als im Norden. Man findet in fast allen Städten den Regier als Bankier, Landbesitzer, Kaufmann, Rechtsanwalt, Arzt, Zahnarzt und selbst Metzger.

**Der Artillerieclub — eine neue Tierart?**

Seitdem der Hund der Polizei so vortreffliche Dienste leistet, hat keine Kluge und Keat die Aufmerksamkeit weiterer Kreise immer mehr auf sich gezogen. Er soll Gefährliche seien, natürlich nicht schmerzlos, sondern sehr schmerzhaft sein. (2) Bei dem Arabier-Regiment in der Grenz-Bezirk-Musiker (Belgien) hat man die ersten Versuche gemacht, und das Ergebnis ist gut ausgefallen. Bei den ersten Lebensgenüssen zeigten sich die Tiere alle überreizt; sie gingen, wie üblich, das zu tun pflegen, mit einem freudigen Gebell an den Arbeit, das der militärischen Schweißarbeit nicht ohne Grund ist, und waren auch sonst zu unruhig. Aber schon nach wenigen Übungen waren diese kleinen Ausrichtungen des Temperaments beiseite, und ein „militärischer Geist“ in die Tiere eingezogen. (3) Ihre Verwendung hat mancherlei Vorteile. Die Verpflegung und Unterhaltung ist nicht ganz so kostbar, wie man erwarten würde, sondern leicht zu beschaffen, und sie liefern eine neue Art, und auf 300 Meter Entfernung sind sie für den Feind unsichtbar. Dazu kommt, daß sie die Unbillen der Witterung beinahe gar nicht zu empfinden scheinen und namentlich der Hitze trotzen, und daß sie bei bedauerlichen Wunden untergebracht werden können. Diese „granadiere“ Entdeckung scheint auf eine neue Tierart zu hinarbeiteten.



und dem Jungdeutschlandbund in viel höherem Maße nachzuweisen. Wenn die Regierung die Mitgliedschaft der Schüler in diesen Vereinen dulde, beim Arbeiterkernbund sie verbiete, so mache sie sich der oben genannten Parteilichkeit schuldig. Die burokratische Überhebung, die auf alle Schöpfungen der Arbeiterklasse geringschätzig herabsieht, äußerte sich hier wieder in den freistehenden Formen.

In der anschließenden Debatte traten der Zentrumsführer Schöberl, der Nationalvereinsführer Böhme, der Konfessionsminister Hoffmann und mehr oder minder selbst der Volksparteiführer dem Standpunkt des Ministers bei. Als Gründe es so darstellte, als habe die Frage sozialdemokratischer Organisation im Widerspruch mit der sittlichen Erziehung, protestierte Genosse Keil durch heftige Zwischenrufe gegen diese Beschränkungen und bezeichnete sie wiederholt als „unerschämte“, was ihm mehrere Ordnungsrufe eintrug. Kräftig ging sowohl mit den bürgerlichen Rednern als auch mit dem Minister Genosse Hildebrand ins Gericht. Er kennzeichnete die Auffassung des Ministers als die zu dem Prinzip der hohen Wollfäden und erklärte, die Zentren dürften sich nicht einbilden, daß sie durch das gegen die Arbeiterturner geschehene Ausnahmeverbot die Arbeiterzunge ins Lager der bürgerlichen Zunge und Sportvereine hinein treiben könnten. Mit der Förderung der Gleichberechtigung der Arbeiterturner werde nimmer die Sozialdemokratie vor die Wähler treten. Um den Erfolg sei es ihm nicht bange. Demnach zeigte noch an der Hand zahlreicher Beispiele, wie die teufelische Zerrlichkeit systematisch den Kampf gegen die Sozialdemokratie, also Politik in der gefährlichsten Form treibt.

Dieser Kampf der Behörden gegen die Arbeiterturner wird auf das politische Leben in Württemberg nicht ohne Einfluß bleiben.

### Deutsches Reich.

— Die Landtagswahl in Lippe. Die Stichwahl, die bei einer Landtagswahl der 3. Klasse in Lippe-Deimold zwischen unserem Genossen Kronshage und einem Liberalen stattgefunden hatte, endete mit dem Siege des Liberalen. Genosse Kronshage erhielt 1903, dem auch die konservative Stimmen zufielen, 1418 Stimmen.

— Der Nationalismus unserer Agrarier. Die staatsfeindliche Presse ist wieder einmal in der Lage, gleichzeitig drei Klänge über „deutsche Namensgenossen“ anzuklingen, die heimatische Erde um schänden Mammans willen an den politischen Feind verkaufen. Im ersten Falle ist es ein adliger Herr von Gesebel im Kreise Lubitz, der ein 5000 (1) Morgen großes Gut mit an den Polen Verkauft worden zu haben, 900 Hektar Boden besitzt. Im zweiten Falle verkaufte der Rittergutsbesitzer Eudacht ein 2100 Morgen großes Gut mit im Kreise Bromberg an einen Polen, im dritten Falle handelt es sich um eine Bauerwirtschaft im Kreise Rolsen-Ost.

Alle die Agrarier gehören sicher zu denen, die vor der „vaterlandswidrigen“ Sozialdemokratie einen gewaltigen Schrecken haben!

— Was den Agrarier anbelle! Leber die Weiterführung des landwirtschaftlichen Betriebs haben, die die Post meldet, obwohl der Kriegsminister wie der Minister für Landwirtschaft kürzlich Verfügungen erlassen, in denen im Gegenzug zu Maßnahmen bestimmlicher Art betont wird, daß die bisherigen Erhebungen keineswegs die Annahme rechtfertigen, daß die veranschaulichte eingetragene Unterrichtsfrage auf einen abschließenden Urteil darüber gelangt werden, ob die Einführung als eine dauernde und obligatorische eingeführt werden soll. Der landwirtschaftliche Unterricht hat sich, so heißt es in der Meldung der Post, nach den vorliegenden Nachrichten insofern günstig entwickelt, als in den Garnisonen jetzt überall ein Zusammenhaken der Lehren stattgefunden zu erkennen ist und auch eine planmäßige Leitung des Unterrichts hingewirkt wird.

Die „Unterrichtsurufe“ haben zweifelsohne den Zweck, den Agrarier willige Arbeitsträger zuzuführen. Man scheint aber sich in der Materie den Vortrugen so wenig Gehör geschenkt zu haben, daß die Einstellung des „Unterrichts“ ins Auge gefaßt worden ist.

— Der Reichstagsabgeordnete Domstallner hat (laut) in ein Gericht, die Vorarbeiten der Reichstagsabgeordneten Domstallner (Reumarkt). Die „Schwarz“ der Kreis ist, ergibt allein die Tatsache, daß dort 1912 für die Sozialdemokratie ganze 681 Stimmen abgegeben wurden.

### Holland.

Ein Sozialdemokrat in der Ersten Kammer. Am Dienstag hat die Provinzialvertretung von Friesland unseren Parteigenossen Genz in das Amt zum Mitglied der Ersten Kammer (Senat) gewählt. Die Wahl war das Ergebnis eines Wahlbündnisses mit den Liberalen. Mit von Kol geht der erste Sozialdemokrat in den holländischen Senat ein. Der Erwählte war früher Mitglied der Zweiten Kammer und getrennte sich dort durch seine unmissenden sozialpolitischen Kenntnisse besonders aus. Die Wahl war ein Erfolg des starken Ansehens, das der Sozialdemokratische Mandat in der friesischen Provinzialvertretung bei den vor einigen Wochen abgehaltenen Provinzialwahlen.

### Frankreich.

Die Militäristen in der eigenen Schlinge. Aus Paris schreibt man uns: Die französischen „Dreihundert“ hatten für die Verlängerung des Militärdienstes unter der demokratischen Deckschicht der „Lehen“ bisher Propaganda gemacht. Sinter diesem demokratischen Aufschub sich verbergen sich jedoch allerhand Ausnahmen: Verkürzung der Dienstzeit für alle Hochschüler, Urlaubskontingente für die landwirtschaftlichen Arbeiter und Bauernknechte usw. Nur bezüglich der Verteilung der finanziellen Lasten sollte eine ausnahmslose „Gleichheit“ herrschen. Der Westloste sollte ebenso viel zahlen wie der Westpfeiler.

Diese „Gleichheit“ ließ sich aber schlecht verteidigen. Der Ministerpräsident wurde von unseren Genossen gezwungen zu erklären, daß die Kammer noch vor den Ferien zu den neuen Steuern, die die Militärvorlage notwendig macht, Stellung nehmen können. Und er fügte zum Entsetzen der Welt, sagte hinzu, daß die Weichen, da die A me e dazu zu sein, die Güter zu verteilen, und die Lasten der Militärvorlage tragen sollen. Die Budgetkommission ihrerseits beauftragte den Finanzminister, die solche Steuern vorzuschlagen, die ausschließlich den Weich und die großen Einkommen treffen. Der großkapitalistische Temps schrieb dazu: „Der Kaiser triumphiert.“

Jetzt hat die militäristische Reaktion eine weitere, noch empfindlichere Schlappe erlitten. Nach Schluß der Generaldebatte und vor der Abstimmung über den § 18 der Militärvorlage, der die Dauer der Dienstzeit festlegt, stellte ein radikaler Gegner der Militärvorlage folgenden Antrag: „Alle für den Militärdienst tauglich befundenen Männer sind abhalten, die selbe Dienstzeit zu leisten.“ Natürlich konnten die in ihrer eigenen Schlinge gefangenen Militäristen nicht anders, als für dieses bisher ausposaunte Gleichheitsprinzip zu stimmen. Der Antrag wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Ein Versuch, in dem Gleichheits-

prinzip zugunsten der kinderreichen Familien Befreiung zu schlagen, wurde mit 364 gegen 310 Stimmen abgelehnt. Nun wird der Kampf um die Urlaubskontingente beginnen. Wenn die Bourgeoisie drei Jahre Griffe kloppen und ihre Väter dafür tief in die Tasche greifen werden müssen, dann wird der Antimilitarismus in der Bourgeoisie wieder blühen. ...

Paris, 9. Juli. Die Gesetzeskommission hat sich mit allen gegen eine Stimme gegen die Einstellung der Rekruten mit 20 Jahren ausgesprochen.

## Aus der Partei.

### Aus den Organisationen.

Die Kreisorganisation des Schleswig-Holsteinischen Wahlkreises (Kreis-Rendsburg-Rumminster) tagte am letzten Sonntag in Kiel. Aus dem Geschäftsbericht des Parteisekretärs sei erwähnt: Die Mitgliederzahl stieg von 15 168 auf 15 885. Von den 15 885 Mitgliedern sind 3331 weiblich. Die Zahl der Anwonnen der Schleswig-Holsteinischen Volkspartei stieg im Kreise von 18 427 auf 19 003. Die Kommunalwahlen brachten den Erfolg, daß die Zahl der sozialdemokratischen Stadtratsordnen um zehn, der sozialdemokratischen Gemeindevertreter um sechs stieg. Im ganzen sind jetzt im Kreise 24 sozialdemokratische Stadtratsordnen in Kiel drei in Neumünster und einer in Preetz, und in 17 Gemeindevertretungen 34 Genossen vorhanden. Das finanzielle Ergebnis des Berichtsjahres ist günstig. Sehr viel wurde auch für das Wahlungsgeld getan. In Kiel allein wurden rund 7000 Mk. dafür ausgegeben. Die Zentralbibliothek der Kieler Partei und der Gewerkschaften zählt jetzt in fünf Ausgabenstellen über 8000 Bände. — In der regen Ansprache über den Geschäftsbericht wurde eine Fülle von Anregungen für die weitere Ausbreitung der sozialdemokratischen Ideen gegeben. Es soll auch versucht werden, kurze für sozialdemokratische Gemeindevertreter einzurichten. Der Parteitag in Jena soll durch fünf Delegierte besucht werden; darunter soll eine Genossin sein.

Am Sonntag abgehaltene Generalversammlung des Wahlkreises Bochum-Gelsenkirchen-Bitten-Hattingen. Der erste Beschluß lautete: Die 30 Pfennig-Wochenbeiträge für männliche Mitglieder 50 Pf. (einer Mark) zu 25 Pf. monatlich (einschließlich 10 Pf. Wahlfondsbeitrag), und statt des fünf Pfennig-Wochenbeitrags für weibliche Mitglieder monatlich 30 Pf. (zwei fünf Pfennigmarken) zu erheben. Ferner wurde beschlossen, die Gleichheit den weiblichen Mitgliedern auf Kosten der Partei zu liefern. Die weiblichen Genossen sollen halbmännlich 15 Pf. Beitrag zahlen. — Ein Antrag, der die Erwartung der Generalversammlung ausdrückt, daß der Parteitag sich mit der Waffenfrage befassen würde, wurde angenommen. Als Reichstagskandidat wurde Genosse Düe einstimmig wieder aufgestellt.

## Gewerkschaftliches.

### Moabit in Wülhausen i. E.

#### Was trägt die Schuld?

In Wülhausen im Elsaß läßt die Verwaltung der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen umfangreiche Erarbeiten ausführen. Die ausführende Firma ist die Tiefbau-Mittelgesellschaft Julius Berger-Berlin.

Seit dem 9. Juni haben nun 150 Arbeiter die Arbeit dort eingestellt. Die Firma hat darauf lange vergeblich versucht, arbeitswillige Ausländer zu den Arbeiten heranzuziehen. Erst am Freitag, den 4. Juli, hat sie 40 Arbeiter in das Baugelände transportieren können; ebenfalls ist sie dabei von der Eisenbahnverwaltung unterstützt worden, die es jederzeit möglich machen kann, von einer kleinen, unbewachten Station die Wagen mit den Arbeitswilligen nach dem Baugelände zu rangieren. Das Vorhandensein und die Art und Weise, wie die Firma vorgeht, und der ungenügende Schutz, den die Firma durch die Polizei genießt, hat nun die streikenden Arbeiter und die gesamten Arbeiter von Wülhausen überhaupt empört.

In den letzten Tagen ist es zu Zusammenstößen gekommen, bei denen Luft geflohen ist. Ja, auch Militär wurde requiriert. Vielesicht werden auch die Gerichte in Tätigkeit treten. Da hat denn die Öffentlichkeit ein Recht, zu erfahren, wodurch der Streik am Nordbahnhof in Wülhausen entstanden ist. Die Ursache des Streiks ist, daß die Arbeiter nur um die Innehaltung des Tarifvertrages im Baugewerbe kämpfen.

In Wülhausen i. E. gilt der Tarifvertrag für das deutsche Baugewerbe. Der Lohn ist auf 56 Pf. pro Stunde festgelegt. Die Firma Berger zahlte aber nur 39 Pf. bis 42 Pf. pro Stunde. Wiederholt wurden Beamte des Bauarbeiterverbandes bei dem Vertreter der Firma vorkel, sie möge doch den Tariflohn zahlen. Aber alles half nichts, die Firma lehnte nachdrücklich ab. Da reichte die Bezirksleitung des Bauarbeiterverbandes ein launiges Gesuch bei der Generaldirektion der Reichseisenbahnen ein, mit der Bitte, die Generaldirektion möge anerkennen, daß die Tarifverträge eine feigenartige Einrichtung seien und der Firma dringend anzuempfehlen, den Tarifvertrag für Wülhausen einzuhalten. Die Bezirksleitung glaubte, daß durch Vermittlung der Generaldirektion die Firma Berger zu bewegen sei, den Tarifvertrag anzuerkennen. Ja, die Bezirksleitung des Bauarbeiterverbandes für Elsaß-Lothringen glaubte sogar, eine Staatsbehörde, wie die Generaldirektion der Reichseisenbahnen, würde all ihren Einfluß ausüben, um die tariflichen Abmachungen zu schützen. Statt dessen schrieb die Generaldirektion nach zehn Tagen zurück:

„Wir sind zu unfern Bedauern nicht in der Lage, auf die Firma Berger in dem gewöhnlichen Sinne einzuwirken. Vielesicht müssen wir, abgesehen davon, daß uns der mit der Firma abgeschlossene Vertrag keine Handhabe dazu zu bietet, die Regelung des Arbeitsvertrages, soweit nicht gegenseitliche Vorrichtungen in Frage stehen, der freien Vereinbarung der Vertragsparteien überlassen. Auf Anregung des Arbeitssamts der Stadt Wülhausen haben wir der Firma Berger bereits nahegelegt, die von ihr benötigten Arbeitskräfte, soweit jene es für unzulässig erachtet, durch die Vermittlung jener Stelle zu beziehen.“ (1912) „Möde.“

Das Schreiben zeigt von einer ungläubigen Ahnungslosigkeit in wirtschaftlichen Dingen und von einer großen Gleichgültigkeit gegenüber den wirtschaftlichen Kräften. Der mit der Firma abgeschlossene Vertrag bietet also keine Handhabe, in Lohnfragen einen Einfluß auf die Firma auszuüben. Die Lohnzahlung ist demnach von der Behörde völlig der Willkür des Arbeitnehmers überlassen. Und das zu einer Zeit, wo alle Welt wissen muß, daß die Löhne im Baugewerbe tariflich geregelt sind! Warum schreiben die Bedauern nicht vor, daß bei Arbeitern für die Tariffrage in Wülhausen nicht? Den Arbeitern blieb demnach nicht weiter übrig, als die Arbeit niederzulegen. Der § 7 des Hauptvertrags für das Baugewerbe verpflichtete sie dazu. Dieser lautet: Die vertragsgeschle-

Parteien verpflichten sich, ihren ganzen Einfluß zur Durchführung und Aufrechterhaltung dieses Hauptvertrages sowie der auf Grund des angeführten Vertrags geschlossen oder von ihnen genehmigten örtlichen Verträge einzusetzen. Verstöße dagegen oder Umgehungen nach drücklich zu bekämpfen, insbesondere keine im Widerspruch hiermit ausbreitenden Auspöcher, Streiks und Auspöcherungen oder sonstige Maßnahmen irgendwie zu unterstützen. So entsieht der Streik am Nordbahnhof in Wülhausen. Der Streik ist die Schuld! Diese Frage kann nach vorstehenden Tatsachen sich jeder leicht selbst beantworten.

### Die Polizei hebt das Versammlungsrecht auf!

Stirch-Bureau meldet aus Straßburg: Die Vorstände des sozialistischen Vereins Wülhausen und des Wülhauser Gewerkschaftslokals hatten am morgen, Donnerstag, abend, eine Demonstrations-Versammlung einberufen, in der zum Streik der Wülhauser Erdbauarbeiter Stellung genommen werden sollte. Diese Versammlung ist aber durch eine Verfügung des Wülhauser Polizeidirektors verboten worden.

Und das fordert die Regierung noch besondere Ausnahmegesetze für Elsaß-Lothringen!

### Nach dem Blutbad in Südafrika.

Die aus Südafrika nach London kommenden Nachrichten sind, wie man uns aus London schreibt, noch immer sehr ungewiß, und viele wollen ihnen ganz offenbar launisch gegenüber sein. Es ist auch gar nicht festzustellen, inwiefern die zwischen dem Ministerpräsidenten Botha und den Streikführern zustande gekommene Einigung die Arbeiter befriedigt oder ob sie von ihnen akzeptiert werden wird. Sicher ist, daß ein sehr beträchtlicher Teil der Streikenden die Bedingungen für unbesriedigt hält und der Fortsetzung des Streiks das Wort redet. Andererseits werden von staatsmännischer Seite die heftigsten Warnungen gegen die südafrikanische Regierung gerichtet, weil sie mit den Streikenden wie mit einem kriegführenden Feinde verhandelt und Friedensbedingungen diktiert, ehe die „Ordnung“ gewaltsam wiederhergestellt. Von dieser Seite werden die Bedingungen als eine schmachvolle Kapitulation der Regierung hingestellt.

Inzwischen sind zwischen den Streikführern und der Regierung Differenzen über die Deutung der zustandgekommenen Einigung entstanden. Eine der merkwürdigsten Bestimmungen dieser Einigung ist die, daß die Regierung sich verpflichtet, die zu entlassenen Streikführer zu entlassigen. Das ist eine Forderung, die in jeder Beziehung völlig unangemessen ist und offensichtlich nicht anderwärts Nachahmung finden wird. Die Streikführer protestieren jetzt dagegen, daß sie irgend etwas mit dieser Bestimmung zu tun gehabt haben sollen, und die Regierung ist ihnen, so weit entgegengekommen, daß sie die alleinige Verantwortung für diesen Punkt übernimmt. Dagegen behaupten die Streikführer, daß die Regierung vielmehr als hilfswillige Friedensbedingungen anerkannt habe, daß die infolge der Betriebsstörung nicht sofort wieder eingestellten Streikenden, ferner die Hinterbliebenen der Getöteten und Verwunden entschädigt werden sollten. Von der Regierung wird das jetzt bestritten. Und da die Streikführer einen einen sehr schweren Stand zu haben scheinen, die Arbeiter zur Wiedererhaltung der Arbeit zu bewegen, so ist es keineswegs ausgeschlossen, daß diese Differenz zur Erneuerung des Kampfes führt. Es wird von verschiedenen Versammlungen der Arbeiter berichtet, in denen Resolutionen zugunsten der Fortsetzung des Streiks angenommen worden sind. Insbesondere die Eisenbahner scheinen geradezu begeistert, die Minenarbeiter durch einen allgemeinen Eisenbahnerstreik zu unterstützen. Im allgemeinen hat man wenig Vertrauen in den Bestand der friedlichen Stimmung. Das Ergebnis der von der Sozialisten gemordeten Streikenden gestaltete sich zu der gewaltigen Arbeiterdemonstration, die Südafrika gesehen hat. Ein Kranz der sozialistischen Partei trug die Aufschrift: „Zum Andenken unserer Märtyrer, die von der kapitalistischen Klasse fallblütig und schimpflich ermordet wurden.“

Im englischen Unterhause wurde das Gemisch von Johnannesburg in Form von kurzen Anfragen von den Radikalen Cuthbert und Whigham und unserem Genossen Keir Hardie zur Sprache gebracht. Der Kolonialminister Marconi verstand sich jedoch hinter der Regierung der südafrikanischen Union, der die Verantwortung gebührt. Als Substante darauf die Sache in Form einer besonderen Dringlichkeit-Interpellation vorbringen wollte, unter der Begründung, daß die englische Regierung und das englische Parlament allein für den Unterhalt der Reichstruppen aufkommen und daß ihnen deshalb die ausschließliche Verantwortung für deren Verendenung zufalle, ließ der Sprecher die Interpellation nicht zu. Keir Hardie fündigte jedoch an, daß er die Sache nicht dabei bewenden lassen werde.

Wie sich die Dinge in Südafrika weiter entwickeln werden, kann jetzt niemand sagen. Aber eins besteht jedoch allgemeine Uebereinstimmung, darüber nämlich, daß dieses Blutbad den Anstoß zu einer kühnen Entwicklung der Arbeiterpartei geben wird. Die Lage der abgelaufenen politischen Herrschaft der Mandatarien wird gezeigt, und es wird kaum lange dauern, bis die Arbeiter Südafrikas sich dieselbe politische Machtstellung erobern, wie die Australunionen.

### Streifsbewegung in Loth.

Mehr als 1000 Arbeiter der Baummöllnererei Jakob Ackenberg und Gesellschaft Großmann sowie der Mittlereffeld-Brennerei und 300 Arbeiter der Gießerei Jona sowie der Maschinenfabrik Voligt in Loth (Austhausen) haben die Arbeit eingestellt. Die Baummöllnererei von Kundermann, die 800 Arbeiter beschäftigt, ist infolge des Streiks geschlossen.

Für Qualitätsraucher nur **DUCK** die vorzügliche 3 Pfg. Cigarette. \*1076

# Schmidts

Halle a. d. S. 2103

# Zahnpraxis

Leipzigerstrasse 12. — Tel. 3015.

# Zahnzehen

Sprechzeit: 4, 9-1, 2-4, 6 Uhr, Sonntags: 4, 9-3 Uhr.

# Zahnersatz

mit und ohne Gaumenplatte.

## Walhalla-Theater

Anfang 8 1/4 Uhr.  
Heute Donnerstag: 2165  
„Die Glocken von Corneville“.  
Gr. romant. Operette in 4 Aufzügen von R. Planquette.  
Morgen: „Der Bettelstudent“ von Karl Müllacker.

## Zentralverband der Handlungsgehilfen

Bezirk Halle (Saale). Geschäftsstelle: Harz 42/43.

Sonnabend, den 12. Juli, abends 8 1/2 Uhr im

## Glauchauer Schützenhaus

Rechenhainstraße 14

## Bezirksversammlung

Tagesordnung: 2168  
Vereins-Angelegenheiten.

Im Anschluss daran: Gemütliches Beisammensein.  
Der Vorstand: — Gäste willkommen! —

Um vollständiges Erscheinen erlucht Der Vorstand.

## Konsum-Verein für Quartier u. Umg.

a. e. g. m. b. H.  
Sonntag den 20. Juli nachmittags 3 Uhr  
im Lokale des Herrn Köhler, Schloßbrücke

## Ausserordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung: Liquidation, Wahl der Liquidatoren.  
Der Vorstand: H. Heinze, W. Kayser, K. Leberrecht.

## Könnern a. S.

Sonntag den 13. Juli im „Bürgergarten“  
Gewerkschafts-Fest

bestehend aus Umzug, Gartenkonzert u. Tanzvergnügen  
sowie Kinderbelustigungen aller Art.  
Um 2 1/2 Uhr im Bürgergarten: Aufstellung der Gewerkschaften. — Um 3 Uhr: Abmarsch des Festzuges durch die Stadt.

Abends: Ball.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht Das Gewerkschaftskartell.

## Beesenlaublingen.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.

Am Sonntag, den 13. Juli er., von nachmittags 3 Uhr ab, hält die Ortsgruppe obigen Bundes im „Gartenhof zum Fährhof“ zu Muerens ihr diesjähriges

Vergnügen ab, wozu Freunde und Sportgenossen einlade.  
Der Vertrauensmann der Ortsgruppe d. Arbeiter-Radfahrer-Bundes, Hermann Busch.

1650

## „Casino-Butter“

die beste Tafelbutter.  
Eragros: Paul Lindner, Halle.

## Inventur-Räumungs-Verkauf!

Um mein Lager von 280 Säcken Roh-Kaffee  
flott zu räumen, offeriere ich ab heute:

## Geröstete Kaffees

Preis mit Rabatt! jetzt Netto  
Nr. 1. Allerfeinste Mischung . . . . . bisher 2.00 1 Pfd. 1.70  
Nr. 2. Extra-Guatemala-Mischung . . . . . bisher 1.70 1 Pfd. 1.50  
Nr. 4. ff. Hamburger Santos-Kaffees . . . . . bisher 1.40 1 Pfd. 1.20  
Perl-Hochf. Guatemala-Perl . . . . . bisher 1.88 1 Pfd. 1.60  
Gemahlener Zucker . . . . . 1 Pfund 19 Pf.  
Patent-Wirbel-Zucker . . . . . 1 Pfund 22 Pf.

Obige Verkaufspreise treten ab 3. Juli in Kraft.

## Kaffee-Gross-Rösterei „Halleria“

Otto Bornschein  
Mittelstrasse 21, neben Gr. Steinstr. 14. Fernspr. 2300.

## Billiger Verkauf 1500 Stoff-Hosen

verkauft, um jedemann Gelegenheit zu geben, meine Verfertigungsfähigkeit kennen zu lernen, um folgenden selten billigen Preisen:

Serie I Herren-Stoffhose in dunklen, gefärbten u. karierten Farben 1 45	Serie II Herren-Stoffhose in praktischen Stoffen 1 85	Serie III Herren-Stoffhose in sehr beliebten Farben 2 45	Serie IV Herren-Stoffhose in den gangbarsten Stoffen 2 90
--	--	---	--

Trotz des billigen Verkaufs 5% Rabatt.  
Bitte sich gefälligst in den Auslagen davon zu überzeugen.

## Ernst Renner.

14 Marktplatz 14.

## Seefische



Freitag ein Kühlwaggon  
Nordsee,

Geelands ohne Kopf, 19	Kabeljau ohne Kopf, 24	Karbonaden, bratfertig, 32	Bratfisch, 23	Bratfisch, 33	Angelweibchen, 48	Schmalz ohne Kopf, 35	Küternähr-Roteletten, 60	Matzungen, 68	Steinbutt, feilw., Goldbarich ohne Kopf.
------------------------	------------------------	----------------------------	---------------	---------------	-------------------	-----------------------	--------------------------	---------------	--

Freitag u. Sonnabend. Nur 2 Tage!

Während unseres

## Saison-Ausverkaufs

staunend billiger Verkauf:

Ein Posten billiger Kinderstühle mit u. ohne Einrichtung	125	110	95	48
Ein Part. Kinderschaukeln und Turnapparate	875	425	350	250
Ein Posten Kindersportwagen mit u. ohne Gummiräder	1650	950	395	
Ein Posten Leiterwagen	450	395	350	295
Ein Posten Faulenzer und Feldstühle	695	110	85	45

## M.BÄR

Grosse Nachl. Ulrichstrasse 54. 2167

Sie kaufen reelle Waren sehr billig und gut in Marktmarkt, Salzgrabenbau 3

## Max Berndorffs extrabiligen Verkauf:

Strümpfe, Korsetts, Untertalben, Schürzen, Blusen-Reste

Inletts, Hendentuch, Bettbezüge, Bettuche, Oberhemden, Hosenträger, Kragen, Leinen, 3 St. 75 Pf. 3 St. 90 Pf.

Sämtliche Parteischriften empfiehlt Volks-Buchhandlung.

## Ammendorf-Radewell.

## Saison-Ausverkauf

beginnt Sonnabend, den 5. Juli und bietet durch teilweise große Preisreduzierung nur günstige Kaufgelegenheit.

Ich habe von denjenigen Artikeln, welche nicht mehr sortiert und nicht mehr weitergeführt werden, die Preise enorm erniedrigt.

Es mich bieten dadurch eine wirklich günstige Kaufgelegenheit von meinen bekannt guten Qualitäten geboten.

Wilh. Wünschler, Wörmitzstr. 2.

## Sangerhausen.

Unsere geehrten Kundschaft von Sangerhausen und Umgebung geben wir hiermit bekannt, dass wir unterm 7. Juli d. J. unsere Niederlage in Sangerhausen in eigene Verwaltung genommen haben u. Herr Ottomar Trabert für uns nicht mehr tätig ist.

Die uns gütigst zugehenden Bestellungen erbitten wir uns nach unserer Niederlage, Huttonstrasse 50, woselbst auch unser jetziger Vertreter, Herr Karl Link, wohnt. \*1080

## Brauerei Riebeck & Co., A. G.

## Apollo-Theater

Abendstück 8 1/2 Uhr  
beispiellosem Erfolge  
u. höchst seltenen Ausfern:

## „Der verflissene Rensdorf“.

Schauspiel in 5 Akten von E. Ritterfeld, nach dem gleichnamig. Roman v. H. Conrath-Fahler. 2166

## + Frauen! +

Das obere Mittel verlegen, wichen bei Säugungen mit überreichem Erfolge meine bestbewährten, garantiert unschädlichen Tropfen „Fr. Plein“.  
Fr. Plein, Halle a. d. Saale, Fischerplan 1 b. 2127

## Abbruch

Lagerplatz: Triftstrasse 7.  
Sofort zu verkaufen: Türen u. Fenster aller Art, Kochöfen, Badkannen, Bännen, Säulen, Gatten, Bretter, 1 Kupferkessel, Badenvorbaue und viele andere Sachen.

Brandnots Futter u. Kornweisse.  
Otto Richter, Telefon 6257.

## Bettstellen

Matratzen Sofas

Große Auswahl. Billigste Preise.

## G. Schaible

Möbelabrik u. Ratskeller. 1561

## Rossfleisch.

Diese Woche wieder ff. Alles Thürige wie bekannt nur delikat bei

## A. Thurm,

Bellstrasse 10. 103

## Kopfläuse,

Wanzen, Flöhe nebst Ersatz vertilgt. Diamantstr. 11, 60 Pfg. Bahnhof-Apotheke, am Bahnhof.

## Flumethalstrasse 27.

Neu  
Mit  
berfich  
Tag.  
beiter  
werden  
rungs  
begür  
folg  
an  
An  
mit  
eige  
ibr  
der  
die  
wird  
arbe  
Wer  
firt  
um  
liche  
behi  
wird  
Kor  
Leb  
der  
einer  
die B  
Aufga  
an be  
Preffe  
mang  
Beruf  
sekret  
der Il  
erter  
beiter  
Beitei  
an de  
einer  
duffri  
noch i  
die St  
ander  
miege  
gefich  
Ziele  
das In  
Infall  
Infall  
Die  
sehr r  
warbe  
Baige  
und b  
entha  
druck  
hört u  
Arbet  
jeds  
die St  
des S  
561  
fie bi  
Wenig  
lms  
PRÄ  
Dante  
bare  
Die  
ersch  
homb  
war e  
Giant  
Denig  
schläg  
Zich  
Dante  
Dante  
Lan  
zu ip  
Dofio  
dem  
deine  
Frau,  
—  
gänq  
du ni  
nicht  
tun?  
frische  
hat i  
läßen  
mit i  
mächt  
zufin  
Ab  
Du i  
berst  
sch  
Int  
weite  
Heber  
berni  
zwick  
er ba  
hätte.









# Aus der Provinz.

## In die Kommunalwähler!

In diesem Jahre finden in den meisten Städten unseres Verbreitungsbezirks wie: Eisenburg, Deßau, Bitterfeld, Zeitz, Lobitz, Köthen, Burg, Weißenfels, GutsMuths u. a. die Stadt- u. Gemeindeverordnungen zu wählen statt. Zu diesem Zwecke müssen überall die Listen der Kommunalwähler 15 Tage lang öffentlich ausliegen. Nach § 80 der Städteordnung ist die Zeit vom 15. bis Ende Juli vorzugeschieben. Diese Zeit kann aber durch Ortsratshaus abgeändert werden, jedoch muß auf alle Fälle die 15tägige Frist gewahrt werden.

**Wahlberechtigt** ist, wer in die Wählerliste eingetragen ist, die der Mitte Juli zusammengefaßt sein muß. Aufgenommen werden muß in alle Fälle der Bürger, der Wählerliste mindestens ein Jahr im Orte wohnt, eine eigene Wohnung oder ein eigenes Zimmer hat. Außerdem muß er 24 Jahre alt, freizeiglich sein, die Gemeinbürgerschaft besitzt haben, und im letzten Jahre seine öffentliche Armenunterstützung empfangen haben.

Wir erziehen nun alle Parteigenossen, die Einschätzung der Listen auf sorgfältigste zu besorgen. Dabei ist auf die Auslegungsschrift und auf die vorgemerkten Steuerbeiträge besonders Obacht zu geben. Die Massenausstellung der Wählerliste für uns nicht gleichgültig. Durch das Gesetz vom 30. Juli 1900 soll dem Dreifachwahlrecht der plutarchische Charakter etwas gemildert werden dadurch, daß der erste und zweite Stimmenwert gleich sein soll. Die Wählerliste ist also die Grundlage für die Wahlberechtigung. Die Wählerliste ist also die Grundlage für die Wahlberechtigung. Die Wählerliste ist also die Grundlage für die Wahlberechtigung.

Einprünge gegen die Richtigkeit der Wählerliste sind innerhalb der Zeit, in der sie zur Einsicht offen liegt, beim Magistrat anzubringen. Ist das nicht geschehen, so ist damit die Liste rechtskräftig geworden. Das Oberverwaltungsgericht hat alle später erhobenen Einwände abgewiesen. Selbst in solchen Fällen, wo eine Menge nicht wahlberechtigter Personen in die Liste eingetragen war, und wo diese durch ihre Abstimmung eine Partei siegreich machte, ist der Wahlprotest zurückgewiesen worden, weil die rechtskräftig gewordene Liste unter allen Umständen gilt.

Darum ergibt sich, wie dringend nötig eine genaue Kontrolle der Wählerlisten auf alle Eigenheit ist. Der Einpruch kann erfolgen, wenn der Name eines Wählers nicht in die Liste eingetragen ist. In diesen Fällen ist der Antrag auf nachträgliche Eintragung zu stellen, oder auch, weil bei Bildung der Wählerlisten ungenügend vorgegangen worden ist, oder weil die Frist bei der Auslegung nicht gewahrt wurde. In vielen Fällen hängt der Erfolg unserer Partei bei den kommenden Wahlen von einer genauen Durchsicht der Wählerlisten ab. Deshalb:

### Parteigenossen, lest die Wählerlisten durch!

**Chapfstadt.** Achtung. Am Sonntag, den 13. Juli, feiert der hiesige Arbeiter-Vorbereitungsbund vorübergehend einen Tag. Am Sonntag, den 13. Juli, feiert der hiesige Arbeiter-Vorbereitungsbund vorübergehend einen Tag. Am Sonntag, den 13. Juli, feiert der hiesige Arbeiter-Vorbereitungsbund vorübergehend einen Tag.

**Bitterfeld.** Stadtbürgermeisterwahl. In diesem Jahre finden in unserer Stadt die Stadtbürgermeisterwahl statt. Die Listen der hiesigen Bürger liegen vom 15. bis 30. Juli im Rathaus (Magistratsbüro) zu jeder Manns Bürger öffentlich aus. Es ist Pflicht eines jeden Wählers, sich das Wahrschein zu sichern. In diesem Jahre ein harter Kampf entzweit wird, um die letzten drei Sitze der dritten Abteilung, welche jetzt von den Herren Dr. Thon, Schröder I. und Knaulowitz besetzt sind. Antwoort diese Herren die Arbeiterpartei vertreten haben, wollen wir jetzt nicht näher erörtern, da dies der Arbeiterpartei in aus den Statuten hervorgeht. Ich bitte die Wählerliste zu prüfen. Ich bitte die Wählerliste zu prüfen. Ich bitte die Wählerliste zu prüfen.

**Gräfenhainichen.** Gewerkschaftsarbeit. Der Gewerkschaftsverband hat den Bericht über die in Halle stattgefundenen Konferenzen der Gewerkschaftsverbände des Bezirks. Darüber sind an dieser Stelle zu berichten erlaubt, sich bei der Bericht schon ausführlich im Volksblatt geäußert hat. Fragerecht wurde angeregt, ob das Fehlen von Protesten, das hier als Gewerkschaft, betrieben wird, versicherungspflichtig ist. Eine längere Debatte entfiel über den Punkt Jugendbewegung und wurde beschlossen, dieselbe sehr wichtige Angelegenheit mehr im Auge zu behalten, zumal nun auch hier eine nationale Jugendbewegung gebildet worden ist, und man sich die größte Mühe gibt, uns unseren Nachwuchs abzugeben zu machen. Vom Gewerkschaftsverband wurde nach dort hingewiesen, daß die Volksbewegung in Halle auch am hiesigen Orte in Tätigkeit treten wird und nun eigene Propaganda für Arbeiterparteien der Verhinderungen gemacht werden sollen. Am Verschiedenen kamen noch einige interne Sachen zur Verhandlung.

**Eisenach.** Straßennetze. Der Bauamt Rat hat bis fürzlich in Eisenach ein Straßennetzgebaute betrieben. Er hat auch in der ersten Zeit nach seiner Geschäftsführung ansehnliche Geschäfte gemacht, aber im Jahre 1912 hatte er nur noch für 7000 Mark Waren verkauft. Vorher war der Jahresumsatz bis zu 20000 Mark. Er geriet in Zahlungsunvermögen und wurde nun zu 50 Mark Schulden wegen ein Bankrott verurteilt, weil er unternommen hatte, eine Grundbesitzung zu sieben. Für daselbst Versehen sind ein Eisenach Kaufmann 30 Mark beschuldigt. Ein hiesiger 12jähriger Schulknabe hatte schon verschiedene Male Kleinigkeiten entwendet, u. a. auch einen Strohhalm. Diesen Strohhalm wollte er verkaufen, um für den Verlust ins Kino gehen zu können. Die Schulknabe wurde bei dem hiesigen Schneider bestraft zu 5 Tagen Gefängnis. Der Vater des Jungen ist seit fünf Jahren tot, die Mutter muß tagelöhnerischen Lohn tragen, und so findet die vier Kinder sich selbst überlassen. Das ist die „glatte Jugendzeit“ der Arbeiterkinder! — Die reiche Man-

teiler Gemeinnützigkeit am einige Kleinforderungen geschädigt, hat der Hiesige ein Bankrott, der auf den Arbeitslosigkeit beruht. Er nahm die Sache nach, als er sich über den Schaden ausmachte, ohne sich dabei einer genügenden Entschuldigung bedient zu sein. Der hiesige Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung. — Der hiesige Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung. — Der hiesige Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung.

**Wittenberg.** Unfall. Der Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung. — Der hiesige Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung.

**Wittenberg.** Unfall. Der Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung. — Der hiesige Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung.

**Wittenberg.** Unfall. Der Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung. — Der hiesige Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung.

**Wittenberg.** Unfall. Der Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung. — Der hiesige Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung.

**Wittenberg.** Unfall. Der Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung. — Der hiesige Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung.

**Wittenberg.** Unfall. Der Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung. — Der hiesige Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung.

**Wittenberg.** Unfall. Der Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung. — Der hiesige Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung.

**Wittenberg.** Unfall. Der Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung. — Der hiesige Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung.

der Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung. — Der hiesige Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung.

**Wittenberg.** Unfall. Der Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung. — Der hiesige Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung.

**Wittenberg.** Unfall. Der Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung. — Der hiesige Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung.

**Wittenberg.** Unfall. Der Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung. — Der hiesige Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung.

**Wittenberg.** Unfall. Der Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung. — Der hiesige Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung.

**Wittenberg.** Unfall. Der Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung. — Der hiesige Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung.

**Wittenberg.** Unfall. Der Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung. — Der hiesige Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung.

**Wittenberg.** Unfall. Der Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung. — Der hiesige Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung.

**Wittenberg.** Unfall. Der Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung. — Der hiesige Arbeiterpartei Mann, der meineidlich ausgab, wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt hatte sogar die Hälfte für ihn in Verhaftung.

### Zentralbibliothek.

Ausgabe: Für Nord-Vollsp. (Ruststraße 27), für Süd-Vollsp. (Berthelstraße 14).

in unsere Schaufenster wird jedermann überzeugen, dass man jetzt  
**Kostüme, Mäntel, Kleider, Blusen und Röcke**  
nicht schöner und billiger kaufen kann, als in  
**Reventhal'schen Warenkauf.**

